



Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 02. Februar 2011

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0117

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
22.10.2008 -

Beschluss Nr. 0037

Der mündliche Bericht von Herrn Jäger (Dezernat VI) wird zur Kenntnis genommen, wonach

- der Magistrat (Dezernat VI) erhebt weiterhin alle Forderungen, die Ansprüche auf Erstattungsleistungen nach § 28 HKJBG begründet werden können,
- um die nach wie vor unklare Rechtslage aufzulösen wurde die Klage der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die Stadt Idstein wieder aufgenommen,
- dass der VGH Wiesbaden hat das Ruhen des Verfahrens bis zur Urteilsverkündung in einem gleich gelagerten Verfahren Friedrichsdorf gegen Rossbach beim VGH Kassel angeordnet, wobei mit einer Urteilsverkündung bis Juni 2011 gerechnet wird,
- Dezernat VI hat in einem persönlichen Gespräch mit dem damaligen Minister Banzer die Probleme dieses Landesgesetzes deutlich gemacht.
- die Forderungen aus 2007 wurden dadurch gesichert, dass die betroffenen Gemeinden auf die Einrede der Verjährung verzichtet haben. Lediglich Hühnstetten und Niedernhausen haben auf die Einrede nicht verzichtet, die Forderungen wurden hier auf dem Klageweg geltend gemacht.
-

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2011

Tollebeek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2011

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister